

INFRASTRUKTUR #3

FAKTENBLATT

GESCHLECHTERGERECHTE INVESTITIONEN

Gleichstellung muss integraler Bestandteil von investitionspolitischen Überlegungen werden, weil die Lebenswelten von Männern und Frauen sich unterscheiden. Finden diese Unterschiede keine Berücksichtigung, können sich öffentliche Investitionen ungleich und ungerecht auf die Geschlechter auswirken. Die Investitionen der privaten Unternehmen müssen wieder steigen, aber insbesondere auch der Staat muss mehr Geld in Bildung, die Modernisierung der Infrastruktur und die öffentliche Grundversorgung stecken. Es gilt enorme Investitionsrückstände aufzuholen, um Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel zukunftsfest zu machen. Deshalb fordert der DGB eine Investitionsoffensive für Deutschland, die Geschlechtergerechtigkeit von Anfang an mitdenkt.

Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen

Den unterschiedlichen Lebensrealitäten von Männern und Frauen Rechnung zu tragen gelingt unter anderem dadurch, dass auch die Ausweitung öffentlicher Investitionen in frauendominierten Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen angemessene Berücksichtigung findet: In Pflege, Kinderbetreuung und sozialen Diensten sind überwiegend Frauen beschäftigt. Wie andere Wirtschaftsausgaben würden auch Investitionen in diese öffentliche Infrastruktur zu Wirtschaftswachstum und höheren Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben führen. Durch diese Maßnahmen würde auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen insgesamt erhöht – denn noch immer leisten Frauen weltweit den Großteil der Sorgearbeit und profitieren somit am meisten von besseren Lösungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Frauen sichtbar machen

Die Ausweitung öffentlicher Investitionen auf frauendominierte Bereiche allein genügt nicht. Geschlechtsspezifische Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen lassen sich überall überprüfen. Studien weisen beispielsweise darauf hin, dass Frauen häufiger öffentliche Verkehrsmittel nutzen oder zu Fuß gehen, Männer sich hingegen öfter in das (eigene) Auto setzen. Frauen nehmen auf dem Weg vom Wohnort zur Arbeit weitere Umwege in Kauf, um zum Beispiel Einkauf oder KiTa-Abholung zu erledigen. Recherchen zeigen auch, dass Frauen weltweit weniger vermögend sind als Männer und seltener eigenen Wohnraum besitzen. Bei Investitionen in Verkehrsplanung, Städtebau oder Wohnraum müssen diese Unterschiede erkannt und in der politischen Planung berücksichtigt werden. Denn nur so werden öffentliche Mittel wirklich geschlechtergerecht verwendet.

Der DGB fordert eine:

- nachhaltige Gleichstellungsstrategie, mit der alle politischen Planungen, Vorhaben und Finanzentscheidungen daraufhin geprüft werden, ob und inwiefern sie die Gleichstellung von Männern und Frauen vorantreiben
- massive Ausweitung von Investitionen in Infrastrukturen, die Geschlechtergerechtigkeit fördern
- Aufwertung sozialer, personenbezogener und haushaltsnaher Dienstleistungsberufe.

